

Bolivien in der Krise – Bolivien vor den Wahlen

von Sabine Ferenschild

(erschienen in: Netz-Telegramm September 2009)

Die Bolivienpartnerschaft des Bistums Trier feiert 2009/2010 ihr 50. Jubiläum. Zahlreiche Jubelveranstaltungen hier wie dort sind geplant. Die bolivianische Gesellschaft hat sich in diesen fünf Dekaden grundlegend verändert – mit enormen Auswirkungen auf Wirtschaft, Staat und Kirche.

Seit die linksgerichtete Regierung unter Evo Morales Anfang 2006 die Amtsgeschäfte übernommen hat, spricht sie von einer „Neugründung Boliviens“. Wichtige Schritte auf dem Weg der Neugründung sollten die Verabschiedung einer neuen Verfassung sowie ein neues Wirtschaftsmodell mit einem neuen Eigentumsverständnis und dem Ziel des „Guten Zusammenlebens“ sein. Aber auch die strikte Trennung von Kirche und Staat gehört zu dieser Neugründung.

Krieg um Wasser und Erdgas

Seit Ende der 1980er Jahre erstarkten die sozialen Bewegungen in Bolivien. Als Reaktion auf die neoliberale Ausrichtung der bolivianischen Wirtschaft unter Präsident Estenssoro organisierten sich KleinbäuerInnen, Indigenas und Gewerkschaften auf vielfältige Weise. Sie leisteten sich so gegenseitige Überlebenshilfe und äußerten zugleich zunehmend ihren politischen Protest. Höhepunkte dieses Protests waren der Wasserkrieg in Cochabamba gegen die Privatisierung der Wasserversorgung (2001) und der Erdgaskrieg gegen den Ausverkauf der nationalen Gasvorkommen zu Dumpingpreisen (2002/03). Die mit diesen erfolgreichen Kämpfen einhergehende weitere Stärkung des indigenen Selbstbewusstseins trug entscheidend zum Wahlsieg des ersten Indio-Präsidenten Evo Morales und seiner Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (Movimiento al Socialismo – MAS) bei.

Zwischen Integration ...

Das Programm, das sich die neue Regierung im Nationalen Entwicklungsplan 2006-2010 gegeben hat, scheint die Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler zu erfüllen: Die Regierung will sich auf die Armutsbekämpfung und die Schaffung einer integrierten Gesellschaft durch die Abschaffungen ihrer kolonialen und neoliberalen Merkmale konzentrieren:

→ In diesem Sinne hat sie durch drastisch erhöhte Lizenzgebühren für die Erdölförderung die Staatseinnahmen deutlich gesteigert und so Mittel für die Armutsbekämpfung gewonnen. Dieses Plus wurde zwar durch den Verfall der Rohstoffpreise im Zuge der globalen Wirtschaftskrise geringer, aber nicht aufgezehrt.

→ In die am 25. Januar 2009 per Referendum angenommene Verfassung wurden indigene Rechtsvorstellungen aufgenommen. Neben dem Privateigentum sind jetzt auch kollektives Eigentum und kommunitäres oder „Gemeineigentum“ verfassungsrechtlich verankert.

→ Privateigentum unterliegt laut Verfassung einer Sozialpflichtigkeit, die vom Staat überprüft wird, und in Bezug auf Landbesitz einer Höchstgrenze von 5.000 ha.

... und Polarisierung

Dass ein solches Programm nicht einmütig und im Konsens mit den traditionellen Eliten umgesetzt werden kann, liegt nahe. Die Wirtschaftseliten und

Großgrundbesitzer aus der sog. „Media Luna“, dem „Halbmond“ der vier Tieflandprovinzen Santa Cruz, Tarija, Pando und Beni, bilden aktuell die größte Bedrohung für das Projekt der „Neugründung“ Boliviens. Seit den 1970er Jahren haben diese Provinzen sich durch eine agroindustrielle Umstrukturierung (finanziert nicht zuletzt durch die Einnahmen des Staates aus dem Bergbau in den Hochlandprovinzen) zum Wirtschaftsmotor Boliviens entwickelt. Dort wurden vor einigen Jahren die reichhaltigen Erdöl- und Erdgaslagerstätten Boliviens erschlossen. Dementsprechend heftig ist der Widerstand der Provinzregierungen gegen Verstaatlichungskonzepte und Begrenzung oder Enteignung von Großgrundbesitz. Der Widerstand reicht bis zum Versuch der Durchsetzung der politischen Autonomie.

Die politische Lage hat sich in den letzten Jahren so zugespitzt, dass Regierungsmitglieder nicht ohne Lebensgefahr ins Tiefland reisen können. Dies wurde zuletzt deutlich, als die Interamerikanische Menschenrechtsorganisation im April 2008 an den bolivianischen Staat appellierte, die sklavereiähnlichen Verhältnisse, unter denen 3000 Guarani-Familien auf einer Hazienda in der Provinz Santa Cruz lebten, unverzüglich zu beenden. Versuche von Regierungsmitgliedern, in die Region zu reisen, wurde laut Menschenrechtsreport 2008 der Gesellschaft für bedrohte Völker aber durch Bedrohungen seitens lokaler Kräfte unterbunden.

Die Polarisierung in der bolivianischen Gesellschaft scheint also zunächst einmal auf der Tatsache begründet, dass die Morales-Regierung Interessen der Bevölkerungsmehrheit artikuliert und durchzusetzen versucht, die bisher unterdrückt waren. Der Vorwurf, Morales würde mit seiner sozialistischen Politik Bolivien spalten, mutet da sehr einseitig an. Diese Spaltung geht eher von den bisherigen Eliten aus, für die die Gesellschaft für bedrohte Völker deutliche Worte findet: „Der Glaube an die eigene ethnische Überlegenheit und die Abwertung der indigenen Völker durchziehen alle Debatten der zivilen und politischen Handlungsträger der Opposition in den östlichen Verwaltungsbezirken. In den Privatmedien unter Kontrolle der Oberschicht wird einseitig, manipulierend und aufhetzend über die indigenen Völker und ihre politischen und kulturellen Aktivitäten berichtet.“

Zu viele Kompromisse?

Ein Blick hinter die (polarisierenden) Schlagworte wie „Verstaatlichung“ und „Enteignung“, aber auch „Armutsbekämpfung“, belegt das:

→ Die angebliche „Verstaatlichung“ der Erdgas – und Erdölförderung reduziert sich bei genauerer Betrachtung auf eine drastische Erhöhung der Lizenzgebühren für die privatwirtschaftlich betriebene Förderung. So kontrolliert zum Beispiel der brasilianische Konzern Petrobras 46% der bolivianischen Erdölvorkommen. Der Versuch der bolivianischen Regierung, insbesondere von US-Konzernen sowie von den USA unabhängiger zu werden, führt zu einer zunehmenden Abhängigkeit von Brasilien. Vielleicht kann der im April 2006 vollzogene Beitritt zur lateinamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra America – Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerika) hierzu ein Gegengewicht werden. (ALBA wurde Anfang 2005 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba gegründet. Mittlerweile gehören neben Bolivien auch Nicaragua und der Inselstaat Dominica dazu. ALBA soll eine Alternative zu der von den USA forcierten gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA sein.)

→ Mit dem Verfassungsreferendum am 25.1.09 wurde als Höchstgrenze für Landbesitz eine Fläche von 5.000 Hektar festgelegt. Großgrundbesitze, die diese Grenze überschreiten und nicht zum Wohl des bolivianischen Volkes genutzt werden, können „enteignet“ werden. Allerdings: Die Verfassung hat keine rückwirkende Geltung, die Agraroligarchie beginnt bereits, ihre Großgrundbesitze in kleinere Einzeltitel innerhalb der jeweiligen Familie oder auch unter Strohmänner zu verteilen und der Nachweis der mangelnden Gemeinwohl-Orientierung des Privatbesitzes wird sehr schwer zu führen sein. In jedem Konfliktfall werden Fragen abzuwägen sein wie „Ist es gemeinwohlorientierter, Soja für den Export zu produzieren, so die Staatseinnahmen zu steigern, worüber wiederum Armutsbekämpfungsprogramme finanzierbar werden – oder aber zu enteignen und an Landlose zu verteilen?“ Der Begriff „Enteignung“ entpuppt sich als politischer Kampfbegriff, der von den Eliten als Schimpfwort genutzt wird - und von Morales vielleicht als Beruhigungsspiel für sein Klientel, das sichtbare Veränderungen erwartet.

→ Die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds heißen seit einigen Jahren „Armutsbekämpfungsprogramme“. Infrastrukturmaßnahmen, die die Anbindung einer abgelegenen Region an den Weltmarkt sichern, dienen vorgeblich der „Armutsbekämpfung“. Wenn die Morales-Regierung von Armutsbekämpfung spricht, muss man vor diesem Hintergrund genauer fragen, was sie damit meint bzw. wie sie dieses Ziel erreichen will. Offensichtlich scheint sie das Ziel der Armutsbekämpfung über Partizipation der ärmeren und marginalisierten Bevölkerungsteile erreichen **und** über eine unverminderte Exportausrichtung und Weltmarktanbindung der Wirtschaft finanzieren zu wollen. Dabei profitierte sie vor allem im Jahr 2008 von den hohen Rohstoffpreisen. Soziale Ausgaben wie eine geringe Grundrente oder ein Mutter-Kind-Bonus konnten so finanziert werden. Aber darf sich eine Wirtschaft, die „Gutes Zusammenleben“ zum Ziel hat, vom Weltmarkt abhängig machen? Lassen sich kommunitäre Ziele und privatwirtschaftliche Maßnahmen kombinieren? Geht Morales nicht zu viele Kompromisse ein?

Kritik von links

In den sozialen Bewegungen Boliviens nimmt die kritische Diskussion der Regierungspolitik zu. Dabei geht es nicht nur um konkrete Konfliktfelder wie z.B. die Umsetzung der Agrarreform, sondern auch um das Verhältnis der Regierung zu den sozialen Bewegungen und Organisationen, die der Regierung den Weg zur Macht geebnet haben. Dass dieses Verhältnis problematisch werden könnte, zeigte sich bei der Benennung der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung, in der ParteienvertreterInnen im Vergleich zu den sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle einnahmen.

Während laut einer Analyse Raoul Zibechis (s. Literaturhinweis) die Unterstützung für Morales auf dem Land noch groß ist, so wachsen die Konflikte zwischen den städtischen sozialen Bewegungen und der Regierung. Oscar Olivera, der die Wasserkämpfe mit organisierte, beklagt: „Man hat aus den Augen verloren, dass wir selbst mit unserer Fähigkeit zur Ausarbeitung von Vorschlägen von unten die Verantwortlichen für die Verwirklichung von Veränderungen sind.“ (Zibechi, S.165) Diese Klage richtet sich sowohl an die Teile der sozialen Bewegungen, die sich jetzt zurücklehnen und sagen „Die Regierung wird's schon richten!“, als auch an die Regierungsvertreter wie den Vizepräsidenten Garcia Linera, der eindeutig den Staat als das Mittel der Moderne bezeichnet, mit dem die Interessen des Volkes durchgesetzt werden, und die sozialen Bewegungen, die Familienwirtschaft als ihrer materiellen Grundlage und ihre spontanen Aktionen als „Vormoderne“ fast schon deklariert.

Raoul Zibechi zitiert Linera so: „Die Zukunft Boliviens ist die Moderne und nicht die Familienwirtschaft. (...) Solange Du nicht die Moderne auf deiner Seite hast, kannst du nicht siegen. Die Vormoderne kann nicht gewinnen. Das Traditionelle und Lokale sind Früchte der Herrschaft. Der Lobgesang auf das Lokale und Traditionelle ist ein Lobgesang auf die Herrschaft. Das Lokale wird von der Weltbank gefördert.“ (Zibechi, S. 115)

Kirche und säkularer Staat

Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung Anfang 2009 hatte die katholische Kirche, der mehr als 80% der BolivianerInnen angehören, den Status einer Staatsreligion (Art. 3 der Verfassung von 1967). Art. 4 der neuen Verfassung schreibt den laizistischen Charakter des Staates fest. Infragegestellt sind damit einige Privilegien der katholischen Kirche, wie zum Beispiel der Religionsunterricht an staatlichen Schulen, der ihr vorbehalten war.

Dennoch besteht eine inhaltliche Nähe zwischen den Schwerpunkten kirchlich-katholischer Arbeit im Rahmen von Armutsbekämpfung, Partizipation und Demokratieförderung und dem Regierungsprogramm. Im Sinne der gesellschaftlichen Mitverantwortung verortet sich auch die Partnerschaftsarbeit mit dem Bistum Trier: „Die gesellschaftliche und politische Mitverantwortung gewann einen profilierten Platz in der Partnerschaftsarbeit.“ – so heißt es auf den Jubiläumsseiten des Bistums.

Woher kommen dann die verbalen Attacken auf beiden Seiten: der ehemalige Bildungsminister Patzi machte schon 2006 Front gegen den katholischen Religionsunterricht, Morales forderte auf dem Weltsozialforum in Belem Anfang 2009 eine „andere Kirche“. Auf der anderen Seite zog Kardinal Terrazas im Umfeld des Autonomiereferendums 2008 öffentlich die Möglichkeit von Sklaverei in der Provinz Santa Cruz in Zweifel und ließ die Kirche in den Augen der Regierung als Anwältin der Großgrundbesitzer erscheinen. Und Radio Vatikan veröffentlicht Äußerungen einer italienischen Ordensfrau, Suor Carmelina, die in Bolivien lebt und von Kirchenverfolgung, Gefahr für das Kircheneigentum und dem kommunistischen Weg spricht, der das Volk von der Kirche fernhalten wolle. (13.7.09)

Vielleicht liegen sie im unsicheren rechtlichen Status der katholischen Kirche in einem laizistischen Staat begründet. Dann könnte das im August 2009 unterzeichnete neue Rahmenabkommen zwischen Staat und Kirche, in dem „die besondere Bedeutung der Kirche beim Kampf gegen die Armut sowie im Erziehungs- und Gesundheitswesen“ betont wird, die Wogen etwas glätten.

Über das schwierige Verhältnis zwischen katholischer Kirche, Staat und sozialen Bewegungen in Bolivien wollen wir im nächsten Netz-Telegramm ausführlicher berichten.

Vor den Wahlen

Trotz der Differenzen zwischen linker Regierung und Teilen der linken Basis ist kaum zu vermuten, dass diese der alleinige Grund einer Wahlniederlage Morales' und seiner MAS bei den Wahlen am 6.12.2009 wären. Die Alternative - ein Erfolg der von den USA (zumindest unter Bush) unterstützten mächtigen Oppositionspartei Podemos („Wir können!“) mit Basis in den reichen Tieflandprovinzen – ist bei allen Differenzen sicher nicht reizvoll.

Dennoch ist ein Sieg der Morales-Regierung nicht sicher. Die Opposition verfügt über enorme Finanzen und eine ungeheure Medienmacht: Ca. 85% der Leitmedien befinden sich in der Hand einer Medienoligarchie, die zugleich große Teile der Wirtschaft kontrolliert. Sollte die globale Wirtschaftskrise die Einnahmen Boliviens

drastisch reduzieren, könnte Morales zumindest materielle Wahlgewinne kaum finanzieren. Dann wäre die Frage, ob die Vision eines anderen Boliviens und des „Guten Zusammenlebens“ seiner Regierung dennoch die Mehrheit der Stimmen verschafft.